

Klima, Frieden, Sicherheit

KLIMA, FRIEDEN, SICHERHEIT

DREIKLANG DEUTSCHER
AUSSENPOLITIK



Einsatz MINUSMA-Friedensmission in Kidal, im Norden Malis. ©UN Photo/Marco Dormino

Die Klimakrise hat hohe geo- und sicherheitspolitische Relevanz. Deshalb ist Klimapolitik zentraler Teil der Außenpolitik der Bundesregierung. Das Auswärtige Amt ist Motor und Schrittgeber einer international angelegten Klimapolitik.

Klimakrise verschärft Konflikte

Die Klimakrise kann Konflikte verschärfen – auch wenn der Klimawandel selbst selten die direkte Ursache für gewaltsame Auseinandersetzungen ist. Ein bekanntes Beispiel sind Konflikte zwischen Ackerbauer*innen und Viehzüchter*innen in vielen Regionen der Welt. Im Sahel treffen zunehmende Hitze, Dürre und unregelmäßiger Regen sowohl sesshafte Bäuer*innen als auch nomadische Viehzüchter*innen. Dies intensiviert die Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Land und Wasser und steigert gewalttätige Auseinandersetzungen. Besonders in Regionen, die ohnehin von Instabilität geprägt sind, verschärft dies die Fragilität. Radikale Gruppen können Menschen, denen die Lebensgrundlagen entzogen werden, leichter rekrutieren.

Welche Konflikte werden vom Klimawandel beeinflusst? Klimabedingte Konflikte sind gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Staaten, Regionen oder Bevölkerungsgruppen, in denen der Klimawandel wie Zündstoff wirkt. Der ganzheitliche Ansatz der Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und humanitäre Hilfe sowie der Abteilung für Klimaaußenpolitik und Geoökonomie des Auswärtigen Amtes setzt hier an. Projekte des integrierten Friedensengagements mit Klima-Bezug verfolgen politische Lösungen für bestehende (gewalttätige) Konflikte. Was hilft, um die Gewaltspirale zu durchbrechen? Kann der Umgang mit der gemeinsamen Herausforderung des Klimawandels auch neue Wege aus alten Konflikten aufzeigen? Wissenschaftler*innen und Umsetzer, unterstützt durch das Auswärtige Amt, suchen Antworten auf diese Fragen und testen, was funktioniert.

Wissenschaftliche Grundlagen schaffen

Die Verflechtungen zwischen Klimawandel, menschlicher Sicherheit und einem Leben in Frieden sind komplex. Um diese Wechselwirkungen in Konfliktregionen zu erfassen, ist ein ganzheitlicher Ansatz unerlässlich. Eine effektive, auf Projekten basierende Außenpolitik in von Klimawandel betroffenen Gebieten erfordert daher innovative Methoden und Analysestandards aus verschiedenen Fachbereichen, darunter Klima-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Eine klimasensible Außenpolitik ist auf eine solide interdisziplinäre wissenschaftliche Grundlage angewiesen.

Weathering Risk



Reisig sammeln am Rande von Dadaab, Somalia. ©Oxfam/Andy Hall

Die Frage, welche Folgen der Klimawandel für Frieden und Sicherheit hat, ist noch nicht ausreichend erforscht. Wie können politische Entscheider*innen auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene reagieren, um klimabedingte Konflikte zu entschärfen? Die Initiative „Weathering Risk“ liefert evidenzbasierte Anstöße für eine wirksamere Klima-, Außen- und Sicherheitspolitik. Die vom Auswärtigen Amt angestoßene multilaterale Initiative hat eine Methode zur Analyse von Klimasicherheitsrisiken entwickelt, die zum Beispiel auch in den Vereinten Nationen genutzt wird. Die auf Klimafragen spezialisierte Politikberatung adelphi und – bis 2023 – das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) entwickeln mit weiteren Partnern seit 2020 Methoden, um vorausschauend klimabedingte Sicherheitsrisiken zu bewerten. Zusätzlich werden Initiativen zur Förderung des Friedens in stark vom Klimawandel beeinflussten Ländern und Regionen gestartet und evaluiert. Dies geschieht derzeit in Nigeria, Somalia, Jemen, Irak und am Golf von Bengalen.

Nigeria – Frieden unter Nachbarn

Die beiden benachbarten Gemeinden Konshisha und Oju in Benue State im Zentrum Nigerias lieferten sich über Jahre hinweg Gefechte um natürliche Ressourcen mit hunderten Opfern. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen um die Nutzung von Land, Wald oder Wasser hatten sich in den letzten Jahren durch die Abholzung von Wäldern und die Auswirkungen des Klimawandels verschärft. Der südöstlich der Hauptstadt Abuja gelegene Bundesstaat Benue gehört zum „Middle Belt“, der Kornkammer Nigerias. Unruhen in dieser Region können deshalb zerstörerisch auf die Versorgungslage des ganzen Landes wirken.

Seit 1997 flammten die Kämpfe der verfeindeten Nachbargemeinden immer wieder auf. Der Wille zum Frieden setzte sich jedoch durch: Begleitet durch das Centre for Humanitarian Dialogue und mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amts erklärten sich beide Gemeinden bereit, miteinander zu verhandeln. Im August 2023 unterzeichneten sie ein Friedensabkommen zur Nutzung natürlicher Ressourcen. Sowohl in den Verhandlungen als auch bei der Vertragsgestaltung wurden die Belange von Frauen, Jugendlichen, religiösen Führer*innen und traditionellen Autoritäten berücksichtigt. Das gemeinsam entwickelte Übereinkommen kann als Blaupause auch für andere klimaverstärkte Nachbarschaftskonflikte im Bundesstaat oder in ganz Nigeria dienen.



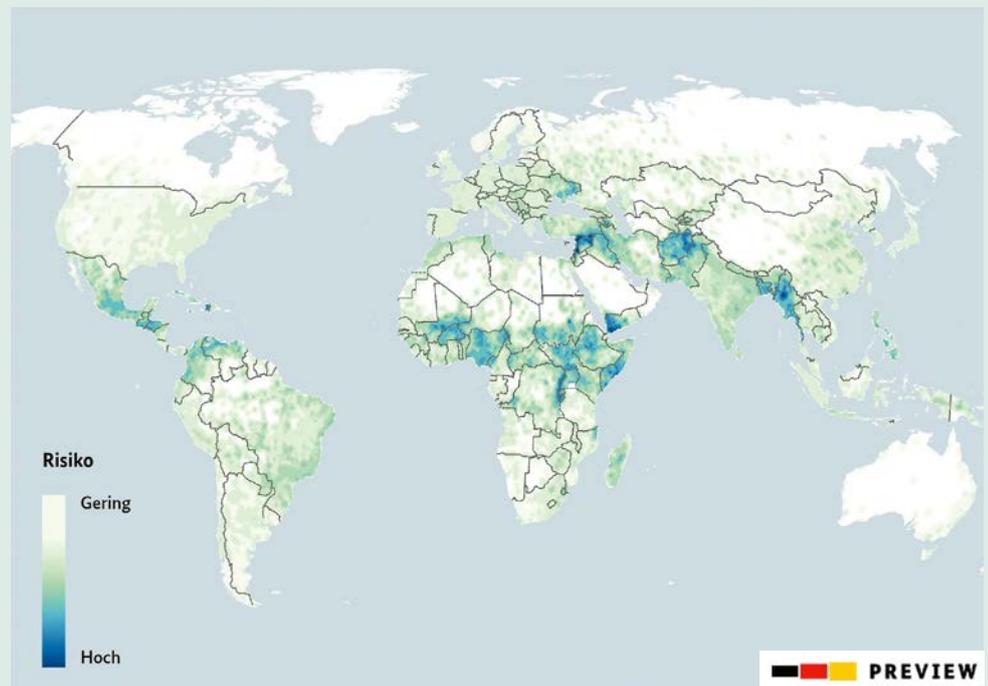
Traditionelle Führer des Bundesstaates Benue nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages. ©Center for Humanitarian Dialogue

Vorreiter der internationalen Klimasicherheitspolitik

Seit gut 15 Jahren integriert das Auswärtige Amt internationale, geopolitische und sicherheitsrelevante Aspekte des Klimawandels in seine Arbeit. Inzwischen ist der Nexus

Klima-Konflikt-Vulnerabilitätsindex

Wo auf der Welt facht der Klimawandel schwelende Konflikte an? PREVIEW, die Spezialist*innen des Auswärtigen Amts für Krisenfrüherkennung und Informationsmanagement, entwickeln gemeinsam mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und dem Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung der Universität der Bundeswehr einen „Klima-Konflikt-Vulnerabilitätsindex“ (CCVI). Sie erstellen u. a. interaktive Karten, auf denen die komplizierten Zusammenhänge zwischen Klima und Konflikt abgebildet werden. Ein Heranzoomen auf einen Ausschnitt von 50x 50 km wird es dem Auswärtigen Amt und weiteren Ministerien ermöglichen, sicherheitsrelevante Hotspots zu erkennen und somit friedensfördernde Aktivitäten genauer zu platzieren.



Climate-Conflict-Vulnerability Index. ©AA, PREVIEW

Klima-Frieden-Sicherheit ein Querschnittsthema für alle Abteilungen des Auswärtigen Amts und vieler Bundesministerien. In internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, EU, NATO und OSZE dringt Deutschland darauf, diesen Nexus zu verankern. Dieses Engagement findet seinen Niederschlag auch in der konkreten Unterstützung institutioneller Klima-Sicherheits-Akteure in multilateralen Organisationen. So konnte z. B. im Dezember 2023 im Rahmen der Weltklimakonferenz COP28 eine neue Initiative mit den Vereinten Nationen, dem Women's Peace and Humanitarian Fund (WPHF), vorgestellt werden, die Deutschlands Engagement für Klima, Frieden und feministische Außenpolitik unterstreicht.

Frauen, Klima, Sicherheit

Der VN-Treuhandfond WPHF fördert auf lokaler Ebene frauengeführte Projekte zur Konfliktlösung und Friedensförderung. Der WPHF konnte Ende 2023 aufgrund der deutschen Anschubfinanzierung von 3 Mio. Euro die Women & Climate Security Initiative starten, um an Orten tätig zu werden, die vom Zusammenspiel von Klimawandel und Konflikt besonders betroffen sind. In Kolumbien, Nigeria und auf den Pazifik-Inseln Fidschi, Solomon, Tonga und Vanuatu werden ab 2024 konfliktpräventive oder -entschärfende Projekte umgesetzt, die auch Klimafolgen adressieren. Frauen werden darin bestärkt, für ihre Rechte einzutreten, an wirtschaftlichen

und politischen Konfliktlösungen teilzuhaben und Entscheidungs- und Friedensprozesse maßgeblich mitzugestalten. Dieser sehr klare strategische Ansatz verdeutlicht, was feministische Außenpolitik im Konkreten bedeutet.

Frauen sollen den Weg in Verhandlungskommissionen, Komitees und Ausschüsse auf lokaler und regionaler Ebene finden, denn Friedensschlüsse funktionieren signifikant besser, wenn Frauen die Entscheidungen mitverantworten. Auch kommt die Wirtschaft schneller wieder in Schwung, wenn Frauen in die ökonomischen Prozesse eingebunden sind. Intelligente, nachhaltige Landwirtschaft in von Dürre betroffenen Gebieten, Warnsysteme für Krisen und Katastrophen oder der Umstieg auf erneuerbare Energien gelingen nur, wenn Frauen vor Ort die gewünschten Veränderungen mit vorantreiben. Die Women & Climate Security Initiative setzt genau dort an und verringert durch die Unterstützung des Auswärtigen Amts bestehende Finanzierungslücken bei Graswurzel-Organisationen.

Praktiker der Umweltfriedensförderung

Der Einsatz einzelner Personen kann für viele vom Klimawandel Betroffene den Unterschied machen. So z. B. am Horn von Afrika: Seit 2020 gibt es im Rahmen der UN Assistance Mission in Somalia den weltweit ersten Klimasicherheitsberater.

Friedensbemühungen in Somalia können nur dann nachhaltig sein, wenn zugleich die Auswirkungen des Klimawandels abgemildert werden. Das Land erlebt derzeit die schlimmste Dürre seit Jahrzehnten, fast die Hälfte der Bevölkerung leidet unter Nahrungsmittelknappheit. Mehr als 800.000 Menschen sind aufgrund der extremen Dürre Binnenvertriebene. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg und gewaltsame politische Auseinandersetzungen verschärfen die Lage, bewaffnete Terrorgruppen wie al-Shabab oder bewaffnete Clan-Eliten nutzen die Verwundbarkeit von Millionen Menschen, um für ihre Zwecke zu mobilisieren.



Haiti, Folgen einer Flut in der Karibik. ©UN Photo/Logan Abassi

Die Aufgabe des Klimasicherheitsberaters ist es, bei nationalen, internationalen oder multilateralen Friedensakteuren Überlegungen zu Klimasicherheit in allen Analysen, Planungen oder Programmen fest zu verankern. Der Klimasicherheitsberater achtet z. B. darauf, dass die Stärkung von Sicherheitssektor und Rechtsstaat mit der Wiederherstellung des Ökosystems und nachhaltiger Vieh- und Landwirtschaft Hand in Hand gehen. Dabei steht das Prinzip der Eigenverantwortung im Vordergrund.

Unverzichtbar für einen erfolgreichen Friedensprozess sind Zivilgesellschaft, Friedensaktivist*innen, lokale Gemeindeführer, Frauen, Jugendliche und marginalisierte Gruppen. Den größten Erfolg haben Initiativen, die direkt lokal wirksam werden und die Anpassungsfähigkeit der vor Ort ansässigen Gemeinschaft stärken.

Das erfolgreiche Modell des Klimasicherheitsberaters in Somalia wurde inzwischen in weiteren fünf Missionen der Vereinten Nationen sowie in EU-Missionen übernommen. Auch regional tätige, internationale Friedensinitiativen wie die Tschadseebecken-Kommission folgen dem Beispiel.

Bei den Vereinten Nationen wird die Expertise zu Klima, Frieden und Sicherheit im Climate Security Mechanism (CSM) gebündelt. Der CSM – eine gemeinsame Initiative der VN-Abteilung für politische und friedensschaffende Angelegenheiten, des VN-Entwicklungsprogramms, des VN-Umweltprogramms und der VN-Abteilung für Friedenseinsätze – unterstützt die Klimasicherheitsberater u. a. durch Fortbildungsangebote.

FAZIT

Die Verknüpfung zwischen klima- und friedenspolitischen Zielen in der deutschen Außenpolitik erfolgt gezielt, strategisch und vorausschauend. Der Klimawandel wird als sicherheitspolitische Herausforderung erkannt, umwelt- und klimapolitische Ansätze werden für konfliktentschärfende, friedensfördernde und vertrauensbildende Maßnahmen und Projekte genutzt. Denn bei aller Besorgnis und Frustration über fragile Sicherheitslagen und die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels bleibt eine begründete Hoffnung: Die Folgen des Klimawandels können nur gemeinschaftlich überwunden werden. Wenn Konfliktparteien dies anerkennen, können die Herausforderungen durch den Klimawandel sogar zum Katalysator für die friedliche lokale, regionale und globale Zusammenarbeit werden.

IMPRESSUM

Auswärtiges Amt

Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung,
Friedensförderung und humanitäre Hilfe
Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

Weitere Informationen auf unseren digitalen Kanälen:

diplo.de

X: aa_stabilisiert